

# Tagesbericht

18. September 1953

Information Nr. 1071

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 322–327 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 4 Punkten).

## ***Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft***

### ***a) Industrie und Verkehr***

Im Vordergrund der Diskussionen unter den Arbeitern stehen Fragen des materiellen Lebens, besonders die Versorgung mit Brennstoffen, Kartoffeln, anderen Gebrauchsgütern und vor allem Arbeitskleidung; nachhaltig sind die Diskussionen über eine Preissenkung in der HO. In einer Parteiversammlung im VEB IKA Suhl nahmen von 234 Mitgliedern 70 teil. In anschließenden Diskussionen über die Ursachen dieses ungenügenden Versammlungsbesuches sagten viele Genossen, das Leben sei zu teuer, die HO-Preise seien zu hoch, und solange sich dies nicht ändere, würden wohl kaum die Versammlungen besser besucht werden. Im Thälmann-Kombinat Suhl wird eine ähnliche Misstimmung noch dadurch erschwert, dass Arbeiter, sogar Mitglieder und Funktionäre unserer Partei, die in Westdeutschland waren, berichten, die Arbeiter drüben würden besser leben als bei uns.

Über die sowjetisch-deutschen Vereinbarungen<sup>1</sup> diskutiert der überwiegende Teil der Buna-Arbeiter: »Wir wollen erst mal sehen und abwarten, ob es besser wird, denn die Abmachungen stehen erst einmal auf dem Papier.« Die Intelligenz des Werkes steht positiv zum neuen Kurs.

Die Diskussionen bei der Entlarvung von Provokateuren verlaufen nach wie vor noch sehr unterschiedlich. Im Bezirk Dresden werden die Provokateure in Versammlungen in der Regel mit 70–75 % Stimmenmehrheit aus den Betrieben entfernt, während die Entlassung von Paketabholern<sup>2</sup> meistens von der Mehrheit der Arbeiter abgelehnt wird. Besonders ist das im Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden vorgekommen. Oft verhalten sich noch viele Arbeiter den Provokateuren gegenüber versöhnlicherisch. Die Argumente: Man solle doch endlich die Sache ruhen lassen (Zeiss-Werke Jena); Wäre es nicht besser, die Kollegen durch Überzeugung von ihrer Einstellung abzubringen? (Leuna-Werk »Walter Ulbricht«); Kollegen mit so langjähriger Praxis könne man doch nicht einfach entlassen (Elektro-Chemisches Kombinat Bitterfeld).

Die Forderung nach dem Haushaltstag<sup>3</sup> wird in Betrieben der Bezirke Karl-Marx-Stadt und Cottbus verstärkt erhoben. Im Textilwerk I Spremberg/Cottbus (von ca. 500 Arbeitern sind 70 % Frauen) wurde in einer Versammlung einer eigens dazu eingeladenen Vertreterin des DFD gegenüber die Forderung nach dem Haushaltstag für alle Frauen in einer sehr aggressiven Form zum Ausdruck gebracht. Dabei wurden Streikdrohungen ausgesprochen.

Im Hauptreparaturwerk »Max Reimann« in Dreilinden/Potsdam macht sich starker gegnerischer Einfluss durch offenes langsames und liederliches Arbeiten bemerkbar. Im Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg ist folgende Tendenz stark verbreitet: Bei achtstündiger Arbeitszeit täglich erfüllen die Arbeiter bereits in 5 bis 6 Stunden ihre Norm und verdienen ca. 600,00 DM. Sie arbeiten aber nicht weiter, denn sonst würden sie auf einen Verdienst von 800,00 DM kommen. Sie wollen aber vermeiden, dass dadurch sich die Lohnabzüge erhöhen und evtl. die Normen erhöht werden könnten. Die Parteiorganisation hat noch nichts unternommen, um diese Zustände zu ändern.

Im VEB Kunstblume Sebnitz/Dresden wurde über eine Prämienverteilung derartig heftig diskutiert, dass es bald zu einer Arbeitsniederlegung gekommen wäre. Intelligenzler und Abteilungsleiter erhielten Prämien bis zu 600,00 DM, während für die Arbeiter insgesamt 270,00 DM ausgezahlt wurden; die Arbeiter in den davon betroffenen Brigaden erhielten je 10,00 DM.

Im VEB »Heinrich Rau« Wildau treten unter Genossen Tendenzen auf, generell nur noch 3,00 DM Parteibeitrag zu zahlen. Andernfalls wollen sie aus der Partei austreten. Diese Meinungen nehmen fast organisierten Charakter an. Nicht wenige Genossen versuchen, sich von der Teilnahme am Parteilehrjahr zu drücken. Diese Tendenzen treten in der Mehrzahl bei langjährigen Mitgliedern auf, die teilweise schon vor 1933 in der Partei waren.

## **b) Handel und Versorgung**

Die Kohlenversorgung ist in allen Bezirken zu einem ersten Problem geworden. Vom Leiter der Abteilung Materialversorgung beim Rat des Bezirkes Cottbus wird diese als katastrophal bezeichnet. Während 1952 Rohkohle in unbegrenztem Maße geliefert wurde, erhielt Cottbus erst im April 1953 für den Bedarf der Bevölkerung eine Planziffer von 185 000 t, [d. h.] pro Haushalt ca. 15 Ztr. Bis dahin konnte eine plangerechte Verteilung nicht vorgenommen werden. Durch freiwilligen Arbeitseinsatz wurden 43 000 t Rohkohle, die von der Grube nicht abtransportiert werden konnten, zusätzlich von der Bevölkerung selbst abtransportiert. Weitere 20 000 t wurden in freiwilliger Arbeit gefördert und sollten der Bevölkerung zugeführt werden. Diese beiden Aktionen wurden vor wenigen Tagen durch die Staatliche Plankommission mit in das Kontingent aufgenommen. Die Planziffer von 310 000 t für die örtliche Industrie ist ebenfalls unzureichend. Für den Antransport von Importkohle aus Polen muss der Bezirk Cottbus 1 000 Waggons bereitstellen, die beim Abtransport der eigenen Kohlenproduktion fehlen.

Durch Diskussionen und Gerüchte über eine Preissenkung in der HO ist in fast allen Bezirken ein Rückgang im Umsatz zu verzeichnen. Im Kreis Reichenbach/Karl-Marx-Stadt ist in der Fleischversorgung eine Lockerung eingetreten, da 15 t lebendes Vieh zugeführt wurden. Im Kreis Marienberg werden unbedingt 20 t Fleisch benötigt, 9 t konnten erst zur Verfügung gestellt werden.

## **c) Landwirtschaft**

Aus Erfurt wird berichtet, dass sich gegenwärtig bereits eine Rentabilität der LPG zeigt. Aus diesem Grunde versuchen besonders in Sömmerda und Gotha Bauern, die ausgetreten waren, wieder einzutreten.

Durch den Einsatz von Komplexbrigaden ist im Bezirk Potsdam in den meisten LPG eine Festigung eingetreten. So wurde aus der LPG Zettenin/Potsdam<sup>4</sup> ein Mitglied wegen Zersetzungstätigkeit mit Stimmenmehrheit ausgeschlossen.

Hauptdiskussionspunkte in der Landwirtschaft sind wirtschaftliche Fragen. Stark sind die Meinungen vertreten: »Das Soll ist zu hoch und nach Ablieferung kann der Viehhalteplan nicht eingehalten werden« oder »Für landwirtschaftliche Erzeugnisse wird zu wenig Geld geboten«. Im Bezirk Rostock liegt die Dekadensollablieferung bei Schwein und Rind bei 2,4 %. Desgleichen ist die Ablieferung an Getreide, Hülsenfrüchten und Ölsaaten unzureichend. Um eine Erhöhung der Ablieferung zu erreichen, wird im gesamten Bezirk eine Großkampfwoche durchgeführt.

In einer Versammlung der VdgB (BHG) in Hardisleben/Erfurt sprach ein Apotheker über die Anwendung von Düngemitteln. Er betonte gleich zu Anfang seiner Ausführungen, dass diese bei uns nicht zu haben sind und nur in Westdeutschland Anwendung finden. Er brachte weiterhin zum Ausdruck, nicht 100%ig abzuliefern, Düngemittelzuteilung wie die LPG zu verlangen.

## **Stimmung der übrigen Bevölkerung**

Änderungen in der Diskussion gegenüber dem Vortage sind nicht zu verzeichnen. Im Vordergrund steht noch immer die Diskussion über wirtschaftliche Dinge. Zweifel am neuen Kurs versucht man zu begründen mit der ungenügenden Kohlenversorgung, den Stromsperrern, den zu hohen Preisen in der HO und dgl. mehr.

Halle berichtet: Den Ausführungen von Interzonenreisenden über den angeblichen Wohlstand der Arbeiter in Westdeutschland, die vereinzelt in Erscheinung treten, glaube die Bevölkerung mehr als unserer Presse. In Zossen/Potsdam wird zzt. durch die Kreisleitung der Partei und VP eine Großaktion gegen Lebensmittelschieber durchgeführt, die allgemein von der Bevölkerung begrüßt wird.

Unter der Bevölkerung aus den Gebieten der Wismut AG (Karl-Marx-Stadt) treten immer wieder Diskussionen auf, dass eine Änderung bzw. Erleichterung in der Einreisegenehmigung getroffen werden müsste.<sup>5</sup>

In Elstal/Potsdam beklagt sich die Bevölkerung über die anhaltenden Übergriffe und Belästigungen durch Angehörige der sowjetischen Armee. Reichsbahnbetriebe haben gemeinsam mit dem Betriebsschutz Trupps gebildet, die die Frauen von und zur Arbeitsstelle begleiten.

## **Organisierte Feindtätigkeit**

Die Westpresse kündigt eine neue »Spendenaktion mit Winterkleidung« unter dem Motto »Kleidet die Frierenden« an, die in Kürze beginnen soll. Der RIAS fordert die Arbeiter laufend auf, langsam zu arbeiten, in Versammlungen nicht zu diskutieren, keine FDGB-Beiträge zu bezahlen. Bauern sollten devastierte Betriebe<sup>6</sup> nicht wieder übernehmen, da sie verschuldet seien.

Vereinzelte Flugblatttätigkeit in den Bezirken Halle, Neubrandenburg, stärker in Frankfurt/Oder, Potsdam und der Stadt Jena.

## **Einschätzung der Situation**

In Betrieben, wo die Agitation durch die Betriebsparteiorganisation verstärkt worden ist, werden die Diskussionen über die aktuellen politischen Fragen lebhafter. Im Allgemeinen ist aber in vielen Betrieben und Bevölkerungskreisen nur noch wenig über die Wahl und die sowjetisch-deutschen Vereinbarungen zu hören. Meistens stellt man zu politischen Fragen Zurückhaltung oder Gleichgültigkeit fest. Große Unzufriedenheit herrscht in vielen Bezirken über die mangelnde Kohlenversorgung. Viele negative Diskussionen in allen Bevölkerungskreisen könnten durch eine Verbesserung der Kohlenversorgung eingedämmt werden.

In allen Bevölkerungskreisen wird eine Verbesserung der Lebenshaltung und dabei besonders eine Preissenkung erwartet. Diese Diskussionen stehen oftmals in Verbindung mit Stellungnahmen zum neuen Kurs, wobei vielfach Zweifel an der Durchführung oder eine abwartende Haltung festgestellt werden.

Der Gegner plant mit einer sogenannten »Spendenaktion mit Winterkleidung« von Westdeutschland aus die Bevölkerung in der DDR gegen die Partei und Regierung zu beeinflussen. Maßnahmen gegen diese Aktion müssten schon jetzt vorbereitet werden, da diese Sache bei vielen Menschen in der DDR Anklang finden wird.

1

Über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Sowjetisch-deutsches Kommuniqué vom 23.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 345–350. Dabei ging es um den Vorschlag zur Einberufung einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der »Vertreter Deutschlands«, die zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung führen sollte, deren Hauptaufgabe es sei, »freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen«, außerdem um den Erlass der Reparationsverpflichtungen, die Überführung der SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR, Senkung der Zahlungsverpflichtungen für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in der DDR und einen Schuldenerlass. Darüber hinaus wurden zusätzliche Warenlieferungen für das laufende Jahr im Werte von etwa 590 Mio. Rubel, ein Kredit über 485 Mio. Rubel und die Entlassung deutscher Kriegsgefangener angekündigt.

2

Personen, die Lebensmittelpakete abholten, die im Rahmen der seit Ende Juli 1953 laufenden US-Hilfsaktion in Westberlin ausgegeben wurden.

3

Monatlicher bezahlter arbeitsfreier Tag für voll berufstätige Frauen, der laut § 34 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20.5.1952 (GBl. 1952, S. 377–383, hier 383) nur

Frauen zustand, wenn der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig war bzw. wenn Kinder oder arbeitende bzw. in Ausbildung stehende Jugendliche unter 16 Jahren oder pflegebedürftige Angehörige zum Haushalt gehörten. Durch diese allgemeine Bestimmung waren weitergehende Regelungen, die zuletzt auf betrieblicher Ebene bestanden hatten, abgelöst worden, was zu chronischer Unzufriedenheit bei den Betroffenen führte. Vgl. Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994. Göttingen 2004, S. 49–100.

4

Ein Ort namens Zettenin im Bezirk Potsdam konnte nicht verifiziert werden, vermutlich handelt es sich um Zettemin, Kreis Malchin, Bezirk Neubrandenburg.

5

Das gesamte Uranabbaugebiet der Wismut AG war eine von sowjetischen Stellen gesicherte militärische Sperrzone, dessen Zugang durch ein äußerst restriktives Passierscheinsystem geregelt war. Vgl. Barkleit, Gerhard: Sonderzone. Das Sicherheitsregime bei der Wismut. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg: die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Berlin 2011, S. 158–227.

6

Dabei handelte es sich um von den Bauern verlassene Höfe. Zunächst betraf das überwiegend kleine Neubauern, die nicht wirtschaftlich arbeiten konnten. Ab Herbst 1952 betraf es vermehrt auch größere Landwirtschaften, deren Besitzer aufgrund von politischen Pressionen und ökonomischer Diskriminierung ihre Höfe und zumeist auch die DDR verließen. Vgl. Scherstjanoi, Elke: SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953. München 2007, S. 172–189 u. 492–506. Die Betriebe wurden zumeist den LPG oder VEG zur Bewirtschaftung übergeben und mussten jetzt gemäß Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung vom 11.6.1953 (GBl. 1953, S. 806 f.) an die früheren Besitzer zurückgegeben werden.